Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
47. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Naturschutz und Landschaftspflege

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.06.2006
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:15 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, Raum A 112

Anwesend:

Herr Dreyer, Kurt-Eberhard	CDU
Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Kopp, Norbert	CDU
Herr Platzeck, Werner	CDU
Frau Köhne, Irene	SPD
Herr Müller, Norbert	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Frau Schmid-Petry, Erika	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Herr Klein, Joachim	fraktionslos
Herr Rellermeier, Helmut	CDU (BD)
Herr Scharnowski, Joachim	CDU (BD)
Herr Boye, Matthias	GRÜNE (BD)
Herr Knüppel, Dietrich	CDU (St. BD)

Vom Amt:

BzStR Stäglin

Bau OL Frau Lappe

Bau L / Tief 1 Herr Müller Ettler

Hoch 1 Herr Nowak

BWA 1 Herr Misch

NG 104 Frau Wolfsdorff

NG 200 Frau Osteresch

BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1	Bürgerfrageviertelstunde
TOP 2	Bebauung Don-Bosco-Areal
TOP 3	Vorlage zur Kenntnisnahme
TOP 3.1	Bebauungsplan X-184 (Neubau JVA Düppel) Drucksache: 2020/II
TOP 4	Anträge
TOP 4.1	Sicherung eines attraktiven Schwimmbades in der 'Zehlendorfer Welle' Drucksache: 1936/II (neu) - FDP-Fraktion, BV Klein (fraktionslos), BV Kühn (fraktionslos), BV Martienßen (fraktionslos)
TOP 4.2	Bebauungspläne für die Schloßstraße Drucksache: 1966/II - SPD-Fraktion
TOP 4.3	Aufstellung von Warnschildern auf Spielplätzen Drucksache: 1955/II - BV Wagner (fraktionslos)
TOP 4.4	Gedenken an Maueropfer intensivieren Drucksache: 1981/II - FDP-Fraktion
TOP 5	Bauvorhaben Am Großen Wannsee 64
TOP 6	Bericht aus dem Bezirksamt
TOP 7	Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Bürgerfrageviertelstunde

1. Frau S. – Erhalt von Bäumen am Ladius-Markt

Frau S. übergibt BzStR Stäglin eine Liste mit den Unterschriften von 365 Bürgern, die um den Erhalt der Bäume am Ladius-Markt im Zusammenhang mit den dortigen Bauarbeiten bitten. Nur wirklich unvermeidliche Abholzungen sollten vorgenommen werden.

BzStR Stäglin erklärt anhand eines neuen Lageplans vom Anfang Juni 2006, dass der Architekt den Auftrag erhalten habe zu prüfen, wie die geplanten 72 Stellplätze mit dem Baumbestand in Einklang gebracht werden können. Geschützte Bäume bleiben erhalten; für ungeschützte Bäume könne eine solche Pauschalgarantie nicht gegeben werden.

zu 2 Bebauung Don-Bosco-Areal

Der Ausschussvorsitzende Herr BV Dreyer begrüßt eine Reihe von Bürgern, die zu diesem Tagesordnungspunkt erschienen sind. Er verteilt an die Ausschussmitglieder Kopien eines Faxes von Frau Laubenheimer vom Reittherapiezentrum Berlin GbR, in dem diese den Ausschuss bitten, sich im Rahmen der Bauplanung für das Don Bosco-Areal für den Erhalt des Reittherapiezentrums einzusetzen.

BzStR Stäglin berichtet, dass eine Reihe von Schreiben von Bürgern zur Bebauung des Don Bosco Geländes eingegangen sind und bittet um Verständnis dafür, dass diese erst nach einer gründlichen Durchdringung und Aufarbeitung der komplizierten Sachlage beantwortet werden können.

Unter besonderer Berücksichtigung der eingetragenen privaten Dienstbarkeiten gibt Stapl 2 Herr Noack einen ausführlichen Abriss über die historische Entwicklung und teilweise komplizierten Eigentums-, Verkaufs-, Vertrags- und Teilungsverhältnisse des Don Bosco Geländes seit der Gründung der Villenkolonie Alsen vor etwa 140 Jahren.

Bau OL Frau Lappe berichtet, der seit 1960 geltende Baunutzungsplan setze für das Don Bosco Gelände die Art der Nutzung (Allgemeines Wohngebiet) und das Maß der Nutzung (GRZ 0,2 / GFZ 0,4) fest. Nicht geregelt seien in diesem einfachen Bebauungsplan die Fluchtlinien für Gebäude und Verkehrsflächen. Daher müsse das, was dort im Innen- oder Außenbereich gebaut wird, sich gemäß § 34 oder 35 des Baugesetzes aus der Bebauung der Umgebung entwickelt werden und sich in diese einfügen. Der alte Baunutzungsplan sei weiterhin gültig, müsse jedoch auf seine Übereinstimmung mit der aktuellen Baugesetzgebung (z.B. nach Umwelt- und Naturschutzkriterien) überprüft werden.

Prof. Baumann von der Bürgerinitiative 'Bauvorhaben Don-Bosco-Areal' kritisiert, dass ihm die Apellas GmbH keine konkreten Details zur geplanten Bebauung geben konnte und protestiert gegen eine von Apellas geplante Löschung von Dienstbarkeiten. Er weist speziell auf den Grundbucheintrag hin, dass der Verkehr nicht außerhalb der Koblanckstraße zu führen sei und erklärt, dies müsse notfalls gerichtlich bestätigt werden. BzStR Stäglin und Bau OL Frau Lappe erklären, die Dienstbarkeiten würden derzeit von den Hausjuristen geprüft; daher habe das Amt auch noch nicht auf die Schreiben der Anwohner antworten können.

Es folgt eine kontroverse Diskussion zwischen Prof. Baumann, dem Amt und Ausschussmitgliedern zu den miteinander verbundenen Themen Gültigkeit des Baunutzungsplans, Flächennutzungsplan, Einstellung eines Bebauungsplanverfahrens, Allgemeines Wohngebiet, Reines Wohngebiet, Bürgerbeteiligung, Gemeinbedarfsnutzung und Zulässigkeit von Gemeinbedarfseinrichtungen im Allgemeinen Wohngebiet. Prof. Baumann kündigt Schadensersatzansprüche an das Amt bei einer Aufhebung oder Einschränkung von Dienstbarkeiten an.

Prof. Baumann verteilt Textvorschläge für zwei Anträge und bittet die Fraktionen, sich diese zu eigen zu machen und sie ihrerseits als Anträge für die BVV zu stellen.

Prof. Oelkens kritisiert, dass er auf Anfragen hin vom Bezirksamt nicht richtig bzw. vollständig über die geplante Nutzung des von ihm gepachteten Grundstücks am Don-Bosco-Steig informiert wurde, das zwar langfristig für den Bau einer Kindertagesstätte vorgehalten werden sollte, nun aber offenbar von der Apellas bereits in ihre eigenen Baupläne einbezogen wird.

BzStR Stäglin sagt auf Bitten aus dem Ausschuss zu, den Fraktionen eine Katasterkarte des Grundstückes zur Verfügung zu stellen.

Auf eine entsprechende Frage der Fraktion GRÜNE erklärt Bau OL Frau Lappe, das Amt werde eine Verkehrszählung durchführen und eine Prognose für die Zukunft stellen; ob es dort bereits früher Zählungen gab, könne sie im Augenblick nicht sagen. Auf eine weitere Frage der Fraktion GRÜNE erklärt BzStR Stäglin, er könne aufgrund der schwierigen Materie noch keinen konkreten Zeitpunkt nennen, wann er die Fragen der Bürger und der Bürgerinitiative beantworten können wird.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass beim Vergleich der Verkehrszahlen ältere Zählungen nicht berücksichtigt werden können, da gerade in jüngerer Zeit sich eine Reihe von Einrichtungen dort niedergelassen haben (z.B. Liebermann-Gesellschaft, Haus der Wannseekonferenz usw.), die das Verkehrsaufkommen

mit bestimmen. Es dürfe nicht unterschwellig unterstellt werden, dass die Zahlendifferenz zwischen älteren Zählungen und der prognostizierten Zahl allein durch das neue Bauvorhaben verursacht wird. Sie kritisiert, dass das Amt keine verbindliche zeitliche Zusage für eine Antwort auf die Bürgerschreiben gibt.

BzStR Stäglin erklärt, dass innerhalb der nächsten 14 Tage ein erstes Antwortschreiben an die Bürgerinitiative gehen werde und sagt den Fraktionen eine Kopie des Briefes zu.

Die SPD-Fraktion erklärt, ein ungenutztes Gelände nütze niemandem, und es müssen eine sinnvolle Nutzung und ein Ergebnis angestrebt werden, mit dem das Amt sowie die jetzigen und die zukünftigen Bewohner leben können.

NG 200 Frau Osteresch bejaht die Frage der Bürgerin Frau Dr. Zimny, ob die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft für Naturschutz in die Planungen einbezogen wird.

Der Bürger Herr Gast fragt, ob es Planungen gibt, Waldwege oder die Straße 24 als dauerhafte Straße oder als Zufahrt während der Bauphase zu nutzen. Nach einer Bürgerfrage, ob nicht die Pfaueninselchaussee für den Baustellenverkehr genutzt werden könnte, erklärt BzStR Stäglin, diese Möglichkeit werde derzeit geprüft. Allerdings sei er dagegen, eine neue Straßenverbindung dauerhaft zu schaffen. Planerisch logisch seien die Koblanckstraße und der Don-Bosco-Steig als Anbindungen des Gebiets.

Eine Anwohnerin erklärt, trotz der attraktiven Lage und Ausstattung ihres Mietshauses habe sie Schwierigkeiten, Mieter zu finden, da diese durch den dort bereits jetzt bestehenden Verkehr abgeschreckt werden. Sie befürchtet weitere finanzielle Einbußen und ein Sinken des Werts ihres Grundstücks bei der geplanten Bebauung.

Die Fraktion GRÜNE erklärt, sie lege Wert darauf, dass die Landschaftsstruktur erhalten bleibt, und rät der Bürgerinitiative, gemeinsam mit dem Investor und dem Bezirksamt einen Konsens zu finden, statt den Rechtsweg zu beschreiten.

Die FDP-Fraktion kritisiert, dass sie viele Problempunkte bezüglich der geplanten Bebauung erst durch die Bürger und nicht schon vom Amt mitgeteilt bekommen hat. Die SPD-Fraktion widerspricht und erklärt, es habe sich hier zunächst einmal um einen Verkauf von Privat an Privat gehandelt, so dass das Amt nicht involviert gewesen sei.

Die CDU-Fraktion erkundigt sich nach dem Planungsstand für das Gebiet. BzStR Stäglin antwortet, es gebe bisher ein städtebauliches Konzept, das dem Ausschuss vorgestellt worden sei und an dem weiter gearbeitet wird, z.B. Maß der baulichen Nutzung; Möglichkeiten des Erhalts des Reittherapiezentrums; Feststellung des Bedarfs an Kitaplätzen; Bitte an den Liegenschaftsfonds, dort keine weiteren landeseigenen Grundstücke zu verkaufen, um dort ggf. eine Kita bauen zu können. Die Fa. Apellas arbeite daran, die Hinweise des Amtes einzuarbeiten. Wenn es einen neuen Arbeitsstand des städtebaulichen Konzepts gibt, werde dieser dem Ausschuss erneut vorgestellt.

Auf das von ihm zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes verteilt Fax zurückkommend, erklärt der Ausschussvorsitzende, die vier Fraktionen hätten während der Sitzung den gemeinsamen Ausschussantrag formuliert: *„Das Bezirksamt wird ersucht, dass ReitTherapieZentrum GbR bei den möglichen Verhandlungen mit dem Eigentümer des Don Bosco Geländes mit dem Ziel zu unterstützen, das ReitTherapieZentrum zu erhalten.“* Bei einer Abstimmung wird der Ausschussantrag einstimmig angenommen.

zu 3 Vorlage zur Kenntnisnahme

zu 3.1 Bebauungsplan X-184 (Neubau JVA Düppel)
Drucksache: 2020/II

Die FDP-Fraktion bittet um Auskunft, welche Bedeutung die Änderung des Bebauungsplans für die in der Begründung genannte kleingärtnerische Fläche hat. Bau OL Frau Lappe erläutert, dass es sich nicht um Kleingärten, sondern um vier als Grabelandflächen verpachtete Parzellen handelt, die auf Gelände der Freien Universität liegen und von dieser derzeit nicht benötigt werden. Erst wenn die FU – vermutlich in nicht allzu naher Zukunft – ihre Pläne auf Erweiterung des Instituts für Veterinärmedizin verwirklichen kann, würden diese Flächen in Anspruch genommen.

Die SPD- und die CDU-Fraktion nennen das äußere Erscheinungsbild des Neubaus der JVA hässlich und erkundigen sich, ob das Gebäude aus optischen Gründen auf dem JVA-Gelände weiter nach hinten versetzt werden kann. Bau OL Frau Lappe verneint dies, da die hinter dem Bau liegenden Freiflächen genutzt werden sollen. BzStR Stäglin sagt zu, das Anliegen der Fraktionen weiterzugeben.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Anträge

zu 4.1 Sicherung eines attraktiven Schwimmbades in der 'Zehlendorfer Welle'
Drucksache: 1936/II (neu) - FDP-Fraktion, BV Klein (fraktionslos), BV Kühn (fraktionslos), BV Martienßen (fraktionslos)

Die SPD-Fraktion erklärt, die BVV habe den B-Plan beschlossen; nun müsse das Amt in Verhandlungen mit dem Investor darauf dringen, dass dieser die Wünsche und Vorgaben des B-Plans umsetzt. Das Amt werde wohl kaum eine Baugenehmigung erteilen, wenn ein Schwimmbad nicht dabei ist. Der fraktionslose Bezirksverordnete Herr Klein äußert als Mit-Antragssteller die Befürchtung, dass der Investor nunmehr nur noch ein sehr „abgespecktes“ Bad bauen könnte, das von der Größe her für den Schwimmsport – und ggf. auch für den Vereinssport – nicht zu gebrauchen ist. Die CDU-Fraktion erklärt, sie lege Wert darauf, dass das Bad ein öffentliches Schwimmbad wird und die seinerzeit vorgestellte Größe hat. Falls der Investor davon abweiche, könne das Bezirksamt z.B. mittels der Verzögerung oder Verweigerung der Genehmigung von Verkaufsflächen bewirken, dass er seine Zusagen bezüglich des Schwimmbades einhält. BzStR Stäglin weist mehrfach darauf hin, dass die Zusage des Investors, ein Schwimmbad in den Maßen von 12,5 x 25 m zu bauen, weiterhin gilt.

Der Antrag wird wie folgt geändert: Im ersten Satz wird die Passage*“in der Baugenehmigung“* durch *„durch Gespräche mit dem Investor“* ersetzt.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Form mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei einer Enthaltung angenommen.

Im Verlauf der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes verweist der Bürger Herr Wolfgang Mann auf die starke Zunahme des Verkehrs am Einkaufszentrum „Das Schloss“ und äußert die Befürchtung, dass die Bewohner der Charlottenburger Straße, in der er wohnt, nach der Eröffnung des benachbarten Schwimmbades ebenfalls unter einer starken Verkehrszunahme zu leiden haben werden. Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass vorgesehen sei, dass lediglich ein Teil des abfließenden Lieferverkehrs den Weg über die Charlottenburger Straße nehmen soll.

zu 4.2 Bebauungspläne für die Schloßstraße
Drucksache: 1966/II - SPD-Fraktion

BzStR Stäglin verteilt eine Übersicht über Spielhallen, Wettbüros und Vergnügungsstätten im Bereich Schloßstrasse einschließlich Albrechtstraße und erläutert in den letzten Jahren erteilte Genehmigungen sowie vorliegende Anträge auf Genehmigungen.

Die CDU-Fraktion kritisiert, dass die vorgelegte Liste nicht ihrem Wunsch nach einer kompletten Liste für den ganzen Bezirk für den Zeitraum von 2001 bis 2006 entspricht. Sie bittet, diese nachzureichen. Die CDU-Fraktion erkundigt sich, ob ein Sich-Ausbreiten von Spielhallen verhindert werden kann. BzStR Stäglin erklärt, es müsse im Einzelfall geprüft werden, ob in einem Mischgebiet bei einer bereits bestehenden Häufung solcher Einrichtungen eine weitere zulässig ist.

Die Antrag stellende Fraktion erläutert, sie habe den Antrag deshalb gestellt, weil sie befürchtet, dass z.B. in leere Ladenflächen durch den Umzug in das Einkaufszentrum „Das Schloss“ Wettbüros, Spielkasinos u.Ä. einziehen könnten. Die CDU-Fraktion nennt den Antrag nicht sinnvoll, da sein Anliegen für einen Bebauungsplan zu speziell sei.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 4.3 Aufstellung von Warnschildern auf Spielplätzen
Drucksache: 1955/II - BV Wagner (fraktionslos)

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass die meisten Schilder auf Spielplätzen mit Grafitti beschmiert und nicht zu lesen sind. Daher würde sich das Aufstellen neuer Schilder im Sinne des Antrags nicht lohnen, da dies nur die Wartungskosten erhöhen würde. Besser sei es, Info-Flyer zu verteilen.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit keiner Ja-Stimme und 9 Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.

zu 4.4 Gedenken an Maueropfer intensivieren
Drucksache: 1981/II - FDP-Fraktion

Die FDP-Fraktion nimmt folgende durch Unterstreichung hervorgehobene Änderung des ersten Satzes ihres Antragstextes vor: „Das Bezirksamt wird ersucht <u>sicherzustellen, dass in Zukunft an der Gedenkstätte an der Neuruppiner Straße beider Opfer (Christian Buttkus und Karl-Heinz Kube) gedacht wird.“</u>

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 5 Bauvorhaben Am Großen Wannsee 64

Bau OL Frau Lappe erläutert die Entwicklung und das jetzige Konzept der Grundstücksbebauung. Derzeit enthalte das Projekt inklusive Baudenkmal eine GRZ von 0,14 und eine GFZ von 0,33. Die GRZ der Umgebung bewege sich zwischen 0,09 und 0,18.

Die CDU-Fraktion erklärt, sie halte das Grundstück für überbaut und fragt, warum das Amt hier nicht den gleichen Maßstab anlege wie bei der Bebauung des Don Bosco Geländes. Frau Lappe erklärt, der Bauherr sei mit einem Nutzungsmaß von 0,1/0,2 aus wirtschaftlichen Gründen nicht einverstanden. Nach Abwägung aller Kriterien habe das Amt seinerseits eine geringfügige Überschreitung des Nutzungsmaßes als zulässig angesehen.

Der Bürger Herr Nieswand, der sich als Anlieger zu dem Grundstück vorstellt, der weitere Anlieger vertritt, überreicht BzStR Stäglin von ihm erstelltes Kartenmaterial, das die Wünsche von Nachbarn bzgl. der Bebauung des Grundstücks zum Ausdruck darstellt. Bau OL Frau Lappe erläutert, welche Anregungen der Nachbarn vom Amt aufgegriffen wurden und welche bei der Realisierung des Bauprojekts nicht zu erfüllen sind.

Die CDU- und die SPD-Fraktion erklären, sie erwarten, dass die Nutzungsmaße grundstücksbezogen eingehalten und keine Befreiung erteilt wird und dass die Parkplatzfragen gelöst werden.

zu 6 Bericht aus dem Bezirksamt

Bezug nehmend auf seinen Bericht in der Sitzung vom 11.04.2006 verteilt BzStR Stäglin einen Plan nebst Erläuterung zur Neueinteilung der Pflegeklassen der Grünflächen.

Er berichtet über

1. einen Bauantrag der Berliner Bäderbetriebe für die Nutzungsänderung der Obergeschosse der Hallen A und B im Strandbad Wannsee. Für die Halle A sind ein Wellness- und Fitness-Zentrum und für die Halle B Veranstaltungsräume beantragt. Ansonsten ist die Nutzung der Hallen B und C wie im Bestand geplant (denkmalgeschützte Toiletten, Umkleideanlagen, Kinosaal, Gastronomie).
2. Gespräche mit dem Betreiber des Forums Steglitz, bei denen diesem der Wunsch des Amtes mitgeteilt wurde, die zwei Pavillongebäude auf eines zu reduzieren. Er sagt den Fraktionen Kopien über die geplante Dreiteilung (Aktivitäten, Freiraum und Gastronomie) und Nutzung der Fläche vor dem Forum zu.
3. Änderungen in der Bauplanung für das Grundstück der Christkönigsschwestern in Alt Lankwitz, wo jetzt weitere Baumassen vorgesehen sind. Er berichtet, wie das Amt Naturschutzbelange (Grünverbindung mit Amphibienpopulation) und Bauplanung durch entsprechende Auflagen miteinander in Einklang zu bringen versucht.
4. den Tag der Artenvielfalt, der am 16. und 17. Juni 2006 stattfindet und verteilt Info-Flyer, in denen für die Veranstaltung im Glienicke Park geworben wird.
5. einen Abrissantrag für das Grundstück Goethestraße 45a.
6. die Auswertung des Verfahrens zur Bebauung der Truman Plaza durch die BIMA.

zu 7 Verschiedenes

1. Die CDU-Fraktion erkundigt sich nach dem Stand der Genehmigung des Kaufhauses am Bahnhof Lichterfelde Ost. BzStR Stäglin erklärt, die Genehmigung sei noch nicht erteilt. Es wurde jedoch mit den Architekten erörtert, ob das Gebäude in der Höhe reduziert werden kann. Dies bedeutet jedoch, dass Teile des Technikbereichs auf der rückwärtigen Seite des Daches untergebracht werden müssen. Darüber hinaus müssen vor einer Genehmigung noch weitere Detailfragen geklärt werden. Da die Deutsche Bahn an diesen Fragen beteiligt ist, könne keine Prognose zum weiteren Zeitablauf gegeben werden.
2. Auf Nachfrage der FDP-Fraktion erklärt BzStR Stäglin, dass das im Schreiben vom 22.05.2006 genannte Gespräch mit dem Investor und den weiteren Beteiligten für das Studentendorf Schlachtensee aus terminlichen Gründen noch nicht stattfinden konnte.

BzStR Stäglin verneint die Nachfrage der FDP-Fraktion, ob mit dem Senat Finanzierungsmöglichkeiten für das Studentendorf für den Fall erörtert wurden, dass Fa. Aldi die Baugenehmigung auf dem Gelände des Studentendorfs nicht erteilt werden kann. Er erklärt, das Amt sei vorrangig an einer Lösung und nicht an einem Scheitern des Projekts interessiert.

3. Auf Nachfrage der FDP-Fraktion erklärt BzStR Stäglin, dem Amt liege bisher kein Antrag der Geschäftsleute aus den Seitenstraßen der Schloßstrasse vor, in der Schloßstrasse Werbetafeln aufzustellen.
4. Die FDP-Fraktion erkundigt sich nach dem Fortgang des Baus der koreanischen Botschaft im Falkenried. Bau OL Fr. Lappe erklärt, ein Neubau werde entworfen und in dem Zusammenhang ein Abriss in Aussicht gestellt. BzStR Stäglin erklärt, dem Amt sei eine moderne, aber dem Ort angemessene architektonische Lösung avisiert worden. Auf Bitten der CDU-Fraktion sagt BzStR Stäglin zu, das Projekt in der nächsten Sitzung des Ausschusses *(s. nächsten Punkt 5)* vorzustellen.
5. Als Termin für die nächste Sitzung wird der 22.08.2006 festgesetzt. Die Sitzung am 27.06.2006 fällt aus.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 30.07.2010

Dreyer
Ausschussvorsitzender